

MEIN STANDPUNKT



Professor Bruno S. Frey,
Universität Zürich:
«Wert der direkten Demokratie»

Keine Woche vergeht, ohne dass sich ein Schweizer Wirtschaftsführer, Politiker oder Meinungsmacher über unsere direkte Demokratie beklagt. Sie sei eine hinterwäldnerische Institution, die nicht in die moderne, dynamische Zeit passe. Ohne zu zögern, wird auch behauptet, die gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten seien auf übertriebene Volksrechte zurückzuführen.

Konkret wird immer das Gleiche bemängelt: Die Bürger seien überfordert; wichtige Entscheidungen würden verzögert und unnötige Unsicherheiten geschaffen, weil wichtige Probleme dem Volk vorgelegt werden müssen. Anstelle der direkten Demokratie wird ein «starkes» Parlament und ein «starker» Bundesrat oder gar ein Regierungschef mit einem Kabinett vorgeschlagen.

Diese Ideen sind wohl gut gemeint. Sie sind jedoch nicht überzeugend und beruhen auf einem grundlegenden Fehler: Sie stellen unsere tatsächlichen Verhältnisse einer idealen parlamentarischen Demokratie entgegen. Das Bild sieht völlig anders aus, wenn mit realistisch funktionierenden Staatwesen verglichen wird. Dann schneidet die direkte Demokratie selbst nach den von den Kritikern angelegten Massstäben gut ab:

◆ Heute ist Politik so kompliziert, dass alle «überfordert» sind. Dies gilt auch für Berufspolitiker, wie wir täglich erleben können. Auch im Parlament kennen nur wenige Spezialisten die Details der einzelnen Problemkreise.

◆ Die Entscheidungen in der Schweiz sind insgesamt nicht langsamer, die (zum Glück oft lange) öffentliche Diskussion vor einer Volksabstimmung klärt vieles. Die getroffenen Entscheidungen werden allgemein akzeptiert und sind leicht durchsetzbar. Dagegen sind parlamentarische Demokratien durch Zickzack-Politiken gekennzeichnet. Man denke nur an die Konjunkturpolitik in Frankreich oder die frühere Verstaatlichungspolitik in Grossbritannien.

◆ Die Unsicherheit ist in repräsentativen Demokratien eher grösser, weil ja alles von der zuweilen instabilen Mehrheit im Parlament abhängt. Welcher Investor weiss denn heute, welche Wirtschaftspolitik zum Beispiel in Deutschland nach den Wahlen durchgeführt werden wird?

Die gegen die direkte Demokratie angeführten Argumente sind somit nicht überzeugend. Dies belegen auch neue wissenschaftliche Untersuchungen. In den letzten Jahren

haben Ökonomen an den Universitäten von St. Gallen und Zürich die *Auswirkungen* der direkten Demokratie auf die Wirtschaft empirisch analysiert. Es werden Kantone mit stärker direktdemokratischen und mit stärker repräsentativen Institutionen miteinander verglichen. Dabei werden moderne statistische Techniken verwendet (ökometrische Querschnittsanalyse), die irrelevante Einflüsse ausschliessen können.

Die Ergebnisse sind bemerkenswert. Je ausgeprägter die direktdemokratischen Elemente sind, ◆ desto geringer sind die Staatsausgaben und desto besser entsprechen sie den Wünschen der Bürger; ◆ desto mehr wird mit den gleichen Staatsausgaben erreicht (höhere Effizienz); ◆ desto tiefer ist

die Steuerbelastung, weil eher mit der öffentlichen Leistung zusammenhängende Gebühren erhoben werden;

◆ desto geringer ist die Steuerhinterziehung und – vielleicht am wichtigsten –

◆ desto höher ist das Pro-Kopf-Einkommen.

Auf Grund dieser Überlegungen und Analysen drängen sich ganz andere Folgerungen auf, als heute gängig sind. Referenden und Initiativen können als dritte Stufe einer historischen Entwicklung angesehen werden. In den klassischen griechischen Stadtstaaten entstand die Demokratie in Form einer Volksversammlung. In der französischen Revolution wurde die Demokratie mittels der Repräsentation der Bürger auf grossflächige Staaten ausgedehnt. Und nun geht es um die unmittelbare Beteiligung der Bürger an Sachentscheidungen, ein Aspekt, in dem die Schweiz weltweit führend ist.

Die direkte Demokratie ist die Staatsform der Zukunft. Mit dieser Ansicht stehe ich nicht allein. Gerade im Ausland finden in letzter Zeit Referenden zunehmende Beachtung und Zustimmung, so etwa in der höchst angesehenen Wochenzeitschrift «Economist». Dort wird argumentiert, das 20. Jahrhundert sei das Jahrhundert der technologischen Revolutionen (insbesondere der Informationsgesellschaft), das kommende hingegen dasjenige der direktdemokratischen Gesellschaft.

Wir Schweizer sollten nicht gerade dann die zugleich bewährte und zukunftsreiche direkte Demokratie verwässern, wenn ihre Bedeutung anderswo erkannt wird.

«Je ausgeprägter die direktdemokratischen Elemente in einem Staat sind, desto grösser ist das Pro-Kopf-Einkommen»